



VERTRAG ÜBER LEISTUNGEN FÜR DEN BRANDSCHUTZ

Auftragsnummer:

zwischen der

Sprinkenhof GmbH
Burchardstraße 8
20095 Hamburg
Telefon: 040/33954-0

– nachstehend Auftraggeberin (AG) genannt –

und

Die nees Ingenieure GmbH
Hafenweg 14
48155 Münster
Telefon: 0251/414568310

– nachstehend Auftragnehmer (AN) genannt –

**Am Neugrabener Bahnhof,
Verwaltungsneubau für das BA Harburg**

der nachfolgende Vertrag über Leistungen für Brandschutz geschlossen.

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1	Gegenstand des Vertrages
§ 2	Besondere Vertragsziele
§ 3	Grundlagen des Vertrages
§ 4	Leistungen des AN
§ 5	Allgemeine Pflichten des AN
§ 6	Termine und Fristen
§ 7	Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten; Pflichten der AG
§ 8	Termine und Fristen
§ 9	Vergütung
§ 10	Haftpflichtversicherung des AN
§ 11	Dokumentation und Herausgabeansprüche der Auftraggeberin
§ 12	(Mängel-)haftung und Verjährung
§ 13	Ergänzende Vereinbarungen

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrags sind Fachingenieurleistungen für den Brandschutz für das Bauvorhaben

Am Neugrabener Bahnhof, Verwaltungsneubau für das BA Harburg

§ 2

Besondere Vertragsziele

- 2.1 Die Parteien legen die Einhaltung der nachfolgenden Zeit-, Kosten-, Quantitäts- und Qualitätsvereinbarungen als besondere Vertragsziele fest.

Die Parteien stimmen darin überein, dass die Herausforderungen des Projekts nur in einem Arbeitsklima gegenseitigen Vertrauens und fairen Miteinanders gemeistert werden können. Dies erfordert von beiden Seiten die Bereitschaft, eine professionelle Fehlerkultur miteinander zu entwickeln und zu pflegen. Bei auftretenden Zielkonflikten oder Kapazitätsproblemen werden die Parteien frühzeitig und konstruktiv miteinander ins Gespräch kommen, um sowohl dem AN, als auch der AG die Möglichkeit zu geben, jeweils in seinem Verantwortungsbereich frühzeitig steuernd eingreifen zu können, Reibungsverluste im Projekt möglichst gering zu halten.

- 2.2 Der AN ist verpflichtet, die nachfolgenden Quantitäts- und Qualitätsziele umzusetzen:

- Raum-/Funktionsprogramm
- Planungskennwerte von ca. 3.300 m² BGF
- Kostenrahmen
- Rahmenterminplan
- Einhaltung DIN-Normen und Richtlinien
- Barrierefreiheit gem. DIN 18040
- energetischer Standard KfW 40
- Nachhaltigkeit - Hamburger Klimaplan und HmbKliSchG

- 2.3 Der AN hat folgende Kosten einzuhalten: ca. EUR 5,64 Mio. netto für KG 300 und ca. EUR 1,88 Mio. netto für KG 400.

Für die weitere Bearbeitung: die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.

Die Kosten gemäß dieser Vorschrift stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar, und dürfen nicht überschritten werden.

- 2.4 Der AN verpflichtet sich, seine Leistungen innerhalb der in vereinbarten Zeit und Termine zu erbringen. Den Parteien ist bewusst, dass die einvernehmlich bestimmten/zum bestimmenden Termine und Fristen nicht überschritten werden dürfen.

- 2.5 Es handelt sich bei den in 2.1 bis 2.4 genannten Vertragszielen um Planungs- und Überwachungsziele im Sinne des § 650p Abs. 1 BGB; die Sonderkündigungsrechte gem. § 650r BGB sind für beide Vertragspartner erloschen.

- 2.6 Für das Nichterreichen einzelner Projektziele ist der AN nur dann verantwortlich, wenn und soweit der AN das Nichterreichen der jeweiligen Projektziele zu vertreten hat.

§ 3 Grundlagen des Vertrages

Grundlagen dieses Vertrags sind:

- 3.1 die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) der AG Stand (**Anlage 1**)
- 3.2 Formblatt Angebot (**Anlage 2**)
- 3.3 das Heft Nr. 17 der AHO-Schriftenreihe („Leistungen für Brandschutz“); 3. Auflage, Stand: Juni 2015 (nachfolgend AHO-Heft Nr. 17)
- 3.4 die Zieldefinition / die Aufgabenstellung des AG
- 3.5 die Regeln des BGB-Werkvertrages
- 3.6 der gemeinsam zwischen den Parteien festgelegte Rahmenterminplan (**Anlage ...**, zunächst freibleibend)

§ 4 Leistungen des AN

- 4.1 Die AG beauftragt den AN mit der Erbringung der nachfolgenden Leistungen für den Brandschutz gem. dem Leistungsbild der Leistungen für Brandschutz gem. AHO-Heft Nr. 17. Im Rahmen der Auftragsausführung hat der AN alle zur ordnungsgemäßen Erbringung seiner Leistung erforderlichen Arbeiten zu erbringen, gleich ob diese im Rahmen dieses Vertrags ausdrücklich erwähnt werden oder nicht.
- 4.2 Die Beauftragung erfolgt gem. Ziff. 4.4 in **drei** Stufen. Die Beauftragung einzelner Stufen bedarf der Schriftform.
- 4.3 Vor Beginn jeder Stufe legen AN und AG das konkrete Leistungsprogramm nach Maßgabe der Erkenntnisse und Anforderungen aus der vorherigen Planungsphase fest.
- 4.4 Die drei Leistungsstufen umfassen:
 - Stufe 1** beinhaltet die Leistungen der Grundlagenermittlung, die Leistungen der Vorplanung und die Leistungen der Entwurfsplanung (Leistungsphasen 1-3) gemäß dem Leistungsbild für Brandschutz gem. **AHO-Heft Nr. 17** sowie der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2**).
 - Stufe 2** beinhaltet die Leistungen der Genehmigungsplanung, die Leistungen der Ausführungsplanung sowie die Leistungen der Vorbereitung der Vergabe (Leistungsphasen 4-6) gemäß dem Leistungsbild für Brandschutz gem. **AHO-Heft Nr. 17** sowie der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2**).
 - Stufe 3** beinhaltet die Leistungen der Mitwirkung bei der Vergabe sowie die Leistungen der Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation (Leistungsphase 7-8) gemäß dem Leistungsbild für Brandschutz gem. **AHO-Heft Nr. 17**.
 - Stufe 4** umfasst die Leistungen der Objektbetreuung (Leistungsphase 9) gemäß dem Leistungsbild für Brandschutz gem. **AHO-Heft Nr. 17**.
- 4.23 Ein Rechtsanspruch des AN auf die Beauftragung der Stufe 2 und/oder der Stufe 3 und/oder der Stufe 4 und/oder von besonderen Leistungen wird durch den Abschluss des Vertrages nicht begründet. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

4.24 Überträgt die AG dem AN schriftlich die weitere Leistungsstufe, so ist der AN verpflichtet, diese Leistungen im Rahmen des Vertrags auszuführen, sofern zwischen dem Leistungs-ende der vorherigen Stufe und dem Leistungsbeginn der Folgestufe nicht mehr als 6 Monate liegen. In diesem Fall gelten alle Regelungen dieses Vertrages auch für die Leistungen der Folgeestufen.

4.25 Der AN ist verpflichtet, für das in § 1 genannte Bauvorhaben sämtliche Leistungen, die als wesentliche Arbeitsschritte Teile des Gesamterfolgs sind (selbstständige Teilerfolge), und die darin enthaltenen und dafür erforderlichen Leistungs- und Arbeitsschritte zu erbringen. Der AN hat dabei alle Pflichten zu erfüllen, die sich aus dem beauftragten Leistungsinhalt und -umfang, den vereinbarten Vertragszielen und den Bestandteilen dieses Vertrages sowie aus der Sachwalterstellung des AN gegenüber der AG ergeben und die für die Herbeiführung der geschuldeten Teilerfolge und des geschuldeten (Gesamt-) Werkerfolgs erforderlich sind.

§ 5

Allgemeine Pflichten des AN

5.1 Vorbehaltlich weiterer Regelungen in diesem Vertrag ist der AN verpflichtet, jegliche Bedenken oder Behinderung in Textform (z.B. in Form einer E-Mail) anzuzeigen. Dies gilt auch für offenkundige Bedenken oder Behinderungen. Der AN ist verpflichtet, das Ende seiner Bedenken oder Behinderung ebenfalls per E-Mail anzuzeigen. Unterlässt der AN die Anzeige der Behinderung, hat er nur dann einen Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn der AG die Umstände und deren hindernde Wirkung bekannt waren.

Für den Fall, dass der AN nach dem Abschluss dieses Vertrages Widersprüche zwischen den sich aus diesem Vertrag und seinen Anlagen ergebenden Anforderungen feststellt, sog. Kollisionsfall, hat er die AG hiervon unverzüglich unter Angabe des Widerspruchs in Textform zu informieren und seinem Informationsschreiben einen Vorschlag zur Auflösung der Kollision unter bestmöglicher Beachtung der Einhaltung der Projektziele im Übrigen beizufügen.

Sollten Regelwerke in Überarbeitung sein oder Unklarheiten über die fachlich allgemein anerkannten Regeln der Technik vorliegen, die Einfluss auf die Planung und die Planungsergebnisse haben könnten, ist der AN verpflichtet, hierüber die AG unverzüglich per E-Mail zu informieren.

5.2 Der AN verpflichtet sich zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten (auch zu sämtlichen Medien) hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Bauvorhaben (einschließlich der Inhalte der von der AG eingegangenen Vertragsbeziehungen).

5.3 Ein Verstoß gegen diese Verschwiegenheitspflicht ist ein wichtiger Kündigungsgrund für die AG.

5.4 Der AN verpflichtet sich, als Projektleitung für dieses Projekt einzusetzen:

Die Projektleitung muss jederzeit in der Lage sein, im Rahmen der Vertragserfüllung verbindliche Erklärungen abzugeben. Zur Abgabe von rechtsgeschäftlichen Erklärungen ist sie nicht befugt und nicht verpflichtet.

§ 6


Leistungsänderungen

- 6.1 Begehrt die AG gegenüber dem AN eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist der AN verpflichtet, der AG unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Minderleistung vorzulegen; bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs jedoch nur, soweit ihm die Ausführung der Änderung zumutbar ist. Das Änderungsbegehren der AG kann sich auch auf die Art der Ausführung der Leistungen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht, beziehen. Die Einreichung des Angebots per E-Mail ist ausreichend, soweit nicht der AG ausdrücklich etwas anderes verlangt.
- 6.2 Wird die Leistung gem. 6.1 geändert, so ist die Planung vom AN fortzuschreiben soweit hierdurch die von ihm zu erbringende Leistung betroffen ist. Der AN verpflichtet sich, auf Grundlage der erforderlichen bzw. begehrten Leistung i.S.d. 6.1, eine eigene Planung zu dieser Leistungsänderung zu entwerfen, soweit die von ihm zu erbringende Leistung durch die Leistungsänderung gem. 6.1 berührt wird und die hierfür erforderlichen Leistungen in einem Leistungsverzeichnis zu erfassen.
- 6.3 Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an.
- 6.4 Erzielen die Parteien binnen angemessener Frist, spätestens nach 15 Kalendertagen nach Zugang des Änderungsbegehrens bei dem AN keine Einigung, kann die AG die Änderung in Textform (§ 126b BGB) anordnen. Der AN ist verpflichtet, der Anordnung der AG nachzukommen; bei einer Änderung des vereinbarten Werklohns aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.
- 6.5 Der AG steht ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit
- der AN ein Angebot nebst Projektänderungsanzeige nach 6.1 nicht vorgelegt hat oder
 - nach Vorlage des Angebots eine Einigung nach 6.3 endgültig gescheitert ist oder
 - die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem AN zumutbar ist. Die Ausführung vor Ablauf der Verhandlungsfrist ist dem AN in der Regel zumutbar, soweit ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs die Bau-, Planungs- oder Projektabläufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, insbesondere bei Gefahr im Verzug.
- 6.6 Macht der AN betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit der Änderung oder der Ausführung geltend, trifft ihn dafür die Beweislast.

§ 7

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten; Pflichten der AG

- 7.1 Die AG wird grundsätzlich vertreten von



Die vertretungsberechtigten Personen werden dem AN bei Veränderungen in Textform (per E-Mail) bekannt gegeben. Nur diese sind berechtigt, dem AN verbindliche Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

- 7.2 Soweit weitere Leistungen von anderen fachlich Beteiligten zu erbringen sind, sind diese durch den AN für seinen Aufgabenbereich zeitlich und fachlich zu koordinieren und mit seinen Leistungen abzustimmen; dies sind unter anderem die Objektplanung, die Freianlagenplanung, die Technische Gebäudeausrüstung, die Tragwerksplanung, Bau- und Raumakustik, Energiebilanzierung.
- 7.3 Der AN ist verpflichtet, auf Einladung oder Anordnung der AG an projektbezogenen Besprechungen bei der AG, auf der Baustelle, bei Behörden und/oder Nutzern der Baumaßnahme und/oder an Verhandlungen mit Behörden und/oder Nutzern teilzunehmen.
- 7.4 Der AN hat – sofern beauftragt – bei der (Mitwirkung der) Planung der Ausführung des Bauvorhabens, insbesondere bei der Einteilung der Arbeiten, die gleichzeitig oder nacheinander durchgeführt werden, und bei der Bemessung der Ausführungszeiten für diese Arbeiten die Allgemeinen Grundsätze nach § 4 Ziff. 1 bis 5 des Arbeitsschutzgesetzes zu berücksichtigen.
- 7.5 Der AN hat die Hinweise des Koordinators und den SiGe-Plan zu berücksichtigen (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 BaustellV)

§ 8 Termine und Fristen

- 8.1 Der AN hat seine Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, zu fördern und zu vollenden, dass der geplante Projektablauf nicht gefährdet wird. Fertigstellungstermin des Bauwerks ist der **Januar 2026**.

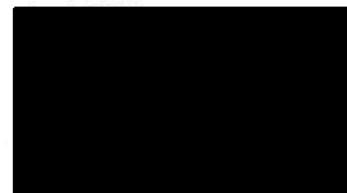
Beginn Grundlagenermittlung und Vorplanung:

Abschluss Entwurfsplanung:

Abschluss Genehmigungsplanung:

Abschluss Ausführungsplanung:

Beginn Objektüberwachung:



- 8.2 Aufgrund der in 4.1 ff. vorgesehenen Stufenbeauftragung, bedarf die Festlegung weiterer verbindlicher Vertragstermine einer Abstimmung der Parteien vor oder nach der jeweiligen Beauftragung. Im Falle der Nichteinigung, ist die AG berechtigt, die Termine nach billigem Ermessen festzulegen.

§ 9 Vergütung

- 9.1 Die Vergütung der Leistungen für den Brandschutz wird unter Anwendung der im AHO-Heft Nr. 17 unter Ziff. 1.2, Ziff. 1.3, Ziff. 1.5, Ziff. 3.2 und Ziff. 3.3 zugrunde gelegten Grundsätze, wie nachfolgend erörtert, ermittelt.
- 9.2 Grundlage der vorläufigen Honorarermittlung ist **die Bruttogrundfläche (A)** gem. DIN 277 des Gebäudes bzw. entsprechender Teilflächen, **die Nutzung (n)** sowie **die Schwierigkeit (s_p und s_r)** der Bearbeitung. Die Bewertung ist für jede Nutzungseinheit vorzunehmen und aufzusummieren.

Als Nutzungseinheit gelten dabei brandschutztechnisch abgegrenzte Einheiten, die gegeneinander geschützt sind und den Feuerwehreinsatz durch räumlich definierte Abschnitte für die Brandbekämpfung begünstigen. Für den Fall, dass unterschiedliche Nutzungen und Schwierigkeiten vorliegen, sind die Werte für die jeweilige Teilfläche zu ermitteln und entsprechend aufzuaddieren.

9.3

Das Bewertungsmerkmal der **Nutzung** dient der Festlegung eines Nutzungsbeiwerts (**n**) für Teilflächen eines Gebäudes. Verkehrswege, die verschiedene Nutzungseinheiten erschließen sind mit dem Nutzungsbeiwert **n** = 1,0 zu berücksichtigen. Der Wert lässt sich im Übrigen aus nachfolgender Tabelle ermitteln.

Zutreffendes gem. Angebot AN bei finaler Vertragserstellung auswählen:

Nutzung	Beiwert n
Büro/Verwaltung	1,0

Für den Fall, dass die vorherrschende Nutzung in der vorgenannten Tabelle nicht aufgeführt ist, ist der Nutzungsbeiwert (**n**) durch Interpolation von Nutzungsbeiwerten zu ermitteln, die in brandschutztechnischer Hinsicht ähnlich zu bewerten sind.

9.4

Die Berücksichtigung der **Schwierigkeit** der Bearbeitung bzw. des Bearbeitungsaufwands erfolgt durch Bewertung etwaiger besonderer Umstände des Projekts bzw. einer Teilfläche.

- 9.4.1 Hierzu wird zur Bewertung der Schwierigkeiten des Projekts der Beiwert **s_p** unter Zugrundelegung der sich aus nachfolgender Tabelle ergebenden Kriterien wie folgt ermittelt:

Zutreffendes gem. Angebot AN bei finaler Vertragserstellung auswählen:

Kriterium Schwierigkeiten für Projekt	Beiwert s _p
Schwierigkeitskriterium Projekt	0,0

- 9.4.2 Die Bewertung der Schwierigkeiten in Bezug auf einzelne Teilflächen erfolgt durch Festlegung des Beiwerts **s_t**. Der Betrag wird anhand der sich aus der nachfolgenden Tabelle ergebenden Kriterien wie folgt festgelegt:

Zutreffendes gem. Angebot AN bei finaler Vertragserstellung auswählen:

Kriterium Schwierigkeiten der Teilfläche	Beiwert s _t
Schwierigkeitskriterium Teilfläche	0,0

- 9.4.3 Für Verkehrswege, die verschiedene Nutzungseinheiten erschließen ist hinsichtlich des Kriteriums der Schwierigkeit der Beiwert **s_t** = 0,5 anzusetzen.

- 9.4.4 Auf Grundlage der so ermittelten Schwierigkeitsbeiwerte ist für jede Nutzungseinheit ein maßgeblicher Schwierigkeitsbeiwert **s_i** zu ermitteln. Die Ermittlung erfolgt anhand der Formel:

$$S_i = (1,0 + \sum s_p) \times (1,0 + \sum s_t)$$

9.5

Für die Honorarermittlung (netto) sind sodann **Flächenäquivalente (A_q)** für die einzelnen Nutzungseinheiten und die diese erschließenden Rettungswege festzulegen. Die Ermittlung dieser Flächenäquivalente (**A_q**) erfolgt durch Multiplikation der Bruttogrundfläche mit dem jeweiligen Nutzungsbeiwert (**n_i**) und dem Schwierigkeitsbeiwert (**s_p** und **s_t**). Bei mehreren Nutzungseinheiten sind die Werte zu addieren.

Das Flächenäquivalent folgt damit aus der Formel:

$$A_q = \sum (A_i \times n_i \times s_i)$$

als Summe der für die einzelnen Nutzungseinheiten jeweils mit deren Fläche **A_i** multipliziertem (Gesamt-)Nutzungsbeiwert **n_i** und Schwierigkeitswert **s_i**.

- 9.6 Auf Grundlage des so ermittelten Flächenäquivalents erfolgt die Ermittlung des 100 %-Honorars (**H**) auf Grundlage folgender Formel:

$$H = 2.300 + 130 \times A_q^{0,61}$$

- 9.7 Die Parteien legen der Honorarermittlung ausdrücklich die weitergehenden Erläuterungen gem. AHO-Heft Nr. 17 zugrunde.
- 9.8 Ein Umbau-/Modernisierungszuschlag wird unter Zugrundelegung vorgenannter Rechnung nicht gezahlt.
- 9.9 Das 100%-Honorar kann nur verlangt werden, wenn die in Leistungsstufe 1 bis 9 geschuldeten Leistungen vollständig erbracht wurden. Andernfalls ist das Honorar anteilig zu berechnen. Die Parteien bewerten die in § 4 aufgeführten Grundleistungen für die Leistungsphasen 1-9 mit den folgenden v. H.-Sätzen:

s. Anlage 2

- 9.10 Die Beauftragung der Besonderen Leistungen gem. § 4 erfolgt nach Bedarf und erst nach Abruf der jeweiligen Leistungsstufe. Die Besonderen Leistungen werden pauschal zu den vereinbarten Pauschalen inkl. Nebenkosten gem. **Anlage 2** vergütet.
- 9.11 Die Parteien vereinbaren auf das Gesamthonorar der Grundleistungen einen Zu- oder Abschlag:

s. Anlage 2

- 9.12 Soweit über die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen hinaus weitere Leistungen erforderlich werden oder die AG über mit dem Vertrag geschuldete Leistungen hinaus weitere Leistungen anordnet, die im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand erfordern, so werden diese zusätzlich vergütet, wenn der AN die AG zuvor per E-Mail auf diesen Umstand hingewiesen hat und die AG zugestimmt hat. Wird als Vergütung ein Zeithonorar vereinbart, so ist dies auf der Grundlage der Stundensätze durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs zu berechnen. Ist eine Vorausschätzung des Zeitbedarfs nicht möglich, so ist das Honorar nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand auf der Grundlage der Stundensätze zu berechnen.

Die Stundensätze für Nachweiseleistungen, inkl. Nebenkosten betragen:

s. Anlage 2

- 9.13 Die Parteien sind sich einig, dass dem AN bei einer Verlängerung des Leistungszeitraumes grundsätzlich kein zusätzliches Honorar zusteht. Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die der AN nicht zu vertreten hat wesentlich, ist für die nachweislich erforderlichen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v.H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal jedoch sechs Monate, ist durch das Honorar abgegolten.
- 9.13.1 Die Anpassung der Vergütung für Grundleistungen richtet sich nach § 10 HOAI. Soweit gemäß 9.11 ein Zu- oder Abschlag vereinbart wurde, ist dieser zu berücksichtigen. Im Übrigen ist § 650c Abs. 1 und Abs. 2 BGB entsprechend anzuwenden.
- 9.13.2 Stimmt die AG alternativ schriftlich einer aufwandsbezogenen Abrechnung zu und erfordern die zu ändernden und geänderten Leistungen im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen erhöhten Aufwand, erhält der AN ein zusätzliches Honorar unter

Zugrundelegung der vorgenannten vereinbarten Stundensätze. Wurden Stundensätze danach nicht festgelegt, legen die Parteien die Stundensätze für die zu ändernden oder geänderten Leistungen einvernehmlich fest.

- 9.13.3 Der AN ist verpflichtet, die AG vor der Ausführung von Leistungen in Textform (per E-Mail) darauf hinzuweisen, dass es sich seiner Meinung nach um zusätzlich zu honorierende Leistungen nach dieser Vorschrift handelt, den voraussichtlichen Zeitaufwand zu benennen und die Entscheidung der AG über die Anordnung entsprechender Leistungen abzuwarten. Soweit der Zeitaufwand hinreichend abschätzbar ist, hat der AN der AG auf deren Verlangen ein Pauschalhonorar anzubieten.

- 9.14 Die Parteien vereinbaren, dass sämtliche Nebenkosten gemäß § 14 HOAI insbesondere die Kosten für die allgemeinen Bürokosten inkl. Lizenzen sowie Kopien für den eigenen Bedarf, für das Plotten und Drucken, dass der AN drittbeauftragt (2-fach), pauschal mit 2 v. H. des Nettlohonorars erstattet werden. Kosten für das Datenmanagementsystem, alle Massenvervielfältigungen (bspw. Bauantragsunterlagen) oder zusätzliche Plots sowie die Kosten für ein Baustellenbüro (mit Internetanschluss, Telefonanschluss, Heizung, Reinigung, Einrichtung und Unterhalt) trägt die AG.

- 9.15 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

§ 10

Haftpflichtversicherung des AN

- 10.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung des AN müssen mindestens betragen:
- | | |
|---------------------------------|--------------|
| - für Personenschäden | EUR 3,0 Mio. |
| - für sonstige Vermögensschäden | EUR 3,0 Mio. |
- Alle Summen sind zweifach maximiert pro Jahr.
- 10.2 Im Falle eines Schadens verzichtet die AG auf eine Honorarzurückbehaltung, sofern der AG die Schadensübernahmeerklärung der Haftpflichtversicherung vorliegt.

§ 11

Dokumentation und Herausgabeansprüche der Auftraggeberin

- 11.1 Der AN verpflichtet sich, sich an dem Dokumentationssystem/ Projektkommunikationssystem der AG umfassend zu beteiligen.
- 11.2 Der AN hat dem Bauherrn alle zur Erfüllung des Vertrages gefertigten und beschafften Unterlagen (Pläne, Zeichnungen, Dokumentationen etc.) jederzeit auf schriftliche Anforderung auszuhändigen. Der AN ist verpflichtet, sie sowohl auf weiterverarbeitungsfähigen Datenträgern als auch als Ausdruck zu übergeben.
- 11.3 Der AN ist verpflichtet, seine Unterlagen mind. 10 Jahre nach der letzten von ihm erbrachten Leistung aufzubewahren. Bevor er diese vernichtet, hat er sie dem Bauherrn kostenlos anzubieten.

§ 12

(Mängel-)haftung und Verjährung

- 12.1 Die Mängelansprüche der AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit sich aus dem Vertrag nichts anderes ergibt.

- 12.2 Die Mängelansprüche der AG verjähren nach Ablauf von fünf Jahren, beginnend mit der Abnahme bzw. Teilabnahme der Leistung. Jegliche Abnahme erfolgt ausschließlich dadurch, dass die AG die Leistungen des AN schriftlich als vertragsgemäß anerkennt (formelle Abnahme).

§ 13

Ergänzende Vereinbarungen

- 13.1 Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die AG nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- 13.2 Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
- Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.
 - Die AG kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der AG nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die AG unzumutbar ist.
- 13.3 Gerichtsstand ist Hamburg.
- 13.4 Werden Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam, so wird die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berührt.
- 13.5 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame, wirtschaftlich gleichwertige zu ersetzen.

Hamburg, 29.06.2022

